

Peter Meier-Bergfeld

LINKSEXTREMISMUS IN ÖSTERREICH

Österreich ist anders. Es ist in jeder Hinsicht etwas weniger hysterisch als Deutschland, der „Aufstand der Anständigen“ ist hier noch nicht Pflicht, der Mensch, wie er geht und steht, darf hier noch sein. Eine allgemeine Zivilreligion gibt es hier nicht.

In Deutschland weiß man wenig über Österreich, außer einigen – meist mißlungenen – Dialektnachäffungen oder „Ösi-Witzen“ steht Österreich im deutschen Bewußtsein ansonsten für Schifahren, Mozartkugeln, allenfalls noch Wein-seligkeit beim Heurigen in Grinzing. Daß die acht Millionen Österreicher einmal zum „bayerisch-österreichischen Stamm“ (Hugo von Hofmannsthal) gehört haben, daß die bajuwarische Einwanderung seit dem 7. Jahrhundert das ethnische Substrat der Österreicher bildet, ist heute in Deutschland verdrängt. 20 Prozent der Österreicher allerdings bekennen sich bei Umfragen noch als „Angehörige der deutschen Nation“. Ansonsten ist Österreich – wie es der Bundespräsident Klestil immer wieder sagt – beim „Nation-Building“.

Alle Extremismen in Österreich sind milder ausgeprägt als in Deutschland. Der österreichische Charakter neigt nicht zur „Arbeit der Zuspitzung“, eher schon zum charmanten Glätten der Gegensätze. Ob die Unwilligkeit, Konflikte bis ins Extrem zu treiben, an der Gegenreformation liegt, die bei den Rekatholisierten und den Geheimprotestanten zur Heuchelei geführt hat, oder ob es etwa daran liegt, daß man in Österreich-Ungarn durch Jahrhunderte mit – je nach Zählung – elf bis fünfzehn Nationen auszukommen hatte, also auch im täglichen Umgang die eigene Meinung nicht so scharf zum Ausdruck gebracht werden konnte, wollte man ständige Konflikte vermeiden, das alles ist nur Spekulation. Tatsächlich ist der österreichische Charakter im Umgang liebenswürdiger als etwa der gelegentlich schroffe nördlich des Mains.

Vielleicht gibt es und gab es nie einen besseren Kenner der deutsch-österreichischen Gemeinsamkeiten und Differenzen als den eben zitierten Hugo von Hofmannsthal, den Schöpfer der Salzburger Festspiele, der zu deren Begründung sagte: „Der bayerisch-österreichische Stamm war von jeher der Träger des thea-tralischen Vermögens unter allen deutschen Stämmen“, der aber eben auch, aus-gerechnet in der „Vossischen Zeitung“, in Berlin 1915, beklagte: „Es darf ... aus-gesprochen werden, daß Österreich unter den Ländern der Erde eines der von Deutschen ungekanntesten oder schlechtest gekannten ist. Österreich liegt Deutschland so nah und wird dadurch übersehen ... Es ging mit Österreich wie mit einem Verwandten, den man im eigenen Haus überm Hof wohnen hat, ohne sich darüber Rechenschaft zu geben, wie wenig man ihn kennt ... Seit Bismarcks Tod hat Deutschland keinen eminenten Kenner Österreichs aufzuweisen.“ („Wir Österreicher und Deutschland“, Vossische Zeitung, Berlin 1915.) Österreich ist eben „weniger als ein Erstarrtes und Gewordenes denn als ein Werdendes und Sich-Verwandelndes anzusehen“, wie Hofmannsthal sagte.

Das gilt auch für das Feld des Extremismus. Die Österreicher können sich glücklich schätzen, daß nicht wie in Hannover (Chaostage), in Berlin (Barrikaden

und Straßenkämpfe zum 1. Mai) oder in Hamburg (Hausbesetzungen in der Hafendammstraße) die Gegensätze mit brutaler Gewalt ausgetragen werden. Österreicher lieben das „Wirbelmachen“ nicht. Es liegt dem aber auch eine fatalistische Grundauffassung der Welt zugrunde, die schnell dazu neigt, zu sagen: „Kann man eh nix machen!“ Auch das Jahr 1968 brachte in Österreich (nur in äußerst gemilderter Form) die Infragestellung tradierter Werte, wie Wilhelm Svoboda in seinem Buch „Sandkastenspiele“ (Promedia-Verlag, Wien 1998, Seite 8) sagt. Da hat er zweifellos recht. Der jugendliche Protest löste in Österreich nur ein mildes Erstaunen aus. Während in Deutschland Hunderttausende, ja Millionen Menschen aktiviert wurden, waren es in Österreich nur einige tausend. Und auch diese standen unter dem deutschen Einfluß. Die immer geleugnete „Brüderlichkeit“ zwischen Deutschen und Österreichern (vgl. Matthias Pape, *Ungleiche Brüder. Österreich und Deutschland 1945–1965*, Böhlau Verlag, Köln, Weimar, Wien 2000) zeigt sich im starken Einfluß der deutschen Extremisten (links wie rechts) auf Österreich(er) in paradoxer Weise dennoch. Die Achtundsechziger-Bewegung hat höchstens im Hochschulbereich einige Spuren hinterlassen. Die studentische Linke hat es in Österreich nie zu einer Gremienmehrheit gebracht. Unter der Oberfläche der Gesellschaft hat sich aber in Österreich – u. a. unter Anleitung von Petra Kelly – eine grün-alternative Bewegung gebildet. Deutlich ist – mit zeitlicher Verzögerung gegenüber Deutschland –, daß heute in den Medien und im Kulturbetrieb eine linke Vorherrschaft besteht, die mit dem im übrigen eher strukturell-konservativen Land wenig zu tun hat, daß es aber zunehmend in ihren Einfluß gerät (vgl. hierzu: Peter Meier-Bergfeld, *Abschied vom Tirolerhut*, in: *Die politische Meinung*, Nr. 316, März 1996, Seiten 11–19).

Österreich imitiert vieles aus Deutschland, wobei die Politiker in Österreich dies meistens verschweigen. Die teilweise Abschaffung des Schuldstrafrechts im Ehescheidungsrecht, die Bemühungen, einen Versorgungsausgleich zu schaffen, die Einführung des juristischen Klageerzwingungsrechts, die Künstlersozialversicherung, die Abschaffung der jährlichen und Übergang in die zweijährliche TÜV-Prüfung. Auf sehr vielen Gebieten, vom wichtigsten bis zum trivialsten, imitiert Österreich die deutschen Verhältnisse, meist mit einem Abstand von ca. 20 Jahren. Die österreichischen Politiker erklären dann ihr neuestes Projekt als den Stein der Weisen, den sie sich allerdings per Kopierer in der österreichischen Botschaft in Bonn/Berlin beschafft haben.

So gab es denn auch erstmals im Jahre 2000 einen österreichischen Verfassungsschutzbericht. Bis 1999 (das war überhaupt erst der dritte Bericht dieser Art) hieß es „Staatschutzbericht“, es gab noch die „Staatspolizei“ („Stapo“). Mittlerweile haben auch das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt und andere deutsche Dienststellen durch Hunderte von Begegnungen mit österreichischen Vertretern auf das Bewußtsein der österreichischen Sicherheitsleute eingewirkt. Der österreichische Staatschutz soll noch im Jahre 2002 in „Verfassungsschutz“ umbenannt werden. Die Problematik eines Inlandsgeheimdienstes wird in Österreich allerdings nicht auf hohem intellektuellem Niveau diskutiert. Bis 1993 gab es sogar überhaupt keine parlamentarische Kontrolle über diesen Staatschutz.

Ganz nach deutschem Muster wird nunmehr seit dem Jahre 2002 in dem neuen „Verfassungsschutzbericht“ der Rechtsextremismus als erster behandelt, nicht

der Linksextremismus, wie das bis dato noch der Fall war. Ganz naiv erklärt der ÖVP-Bundesminister für Inneres in Wien in seinem Vorwort zum „Staatschutzbericht 1999“ die Staatspolizei zum „Schild der Republik“. Daß einmal die Staatssicherheit in Ost-Berlin „Schild und Schwert“ der Partei war, ist hier wohl nicht wichtig. Im Neunundneunziger-Bericht über Rechtsextremismus wird zunächst einmal die Rechtsgrundlage (das wirklich scharfe „Wiederbetätigungsgesetz“ gegen neonazistische und nationalsozialistische Wiederbetätigung) zitiert. Links gibt es eine solche Rechtsgrundlage in Österreich nicht. Im Bericht über den Rechtsextremismus ist auch von internationalen Maßnahmen die Rede, links nicht, obwohl doch eher die Linke als internationalistisch anzusehen ist. Rechts spricht man von der „Verbreitung des Gedankengutes“, die an sich schon staatsgefährdend sei, links nicht. Der linksextremistische Teil umfaßt sieben Seiten, der rechtsextremistische Teil siebzehn Seiten. Mit den in den Statistiken aufgeführten Zahlen hat diese Gewichtung wenig zu tun. Ganz unschuldig übernimmt der Bericht über die Linksextremisten die Diktion der Linken: Der marxistisch-leninistische Block der Linken habe „das primäre Ziel“, den „Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus, die von USA und EU sowie Nato verkörpert werden.“ Es heißt nicht „verkörpert würden“, sondern „verkörpert werden“. Das ist aber eher auf die Schlamperei in der Formulierung zurückzuführen.

Im „Verfassungsschutzbericht 2000“, der nun so heißt, steht - wie gesagt anders als bis dahin - der Rechtsextremismus voran. Er wird auf neunzehn Seiten ausgebreitet, der Linksextremismus auf zwölf. Auch diese Zahlen stimmen mit den Verhältnissen der Gefährdung Österreichs, die insgesamt tatsächlich nicht gegeben ist, nicht überein. Die „internationalen Maßnahmen“ gegen Rechtsextremisten, die Darstellung der „Auslandsverbindungen“ fehlt auf der linken Seite. Die Kommunistische Partei Österreichs, die doch als orthodoxe kommunistische Kraft, freilich mit erheblichen Lockerungsübungen in den letzten zehn Jahren, am ehesten zu beobachten wäre, fehlt vollständig. Über die KPÖ gibt es im österreichischen „Verfassungsschutzbericht 2000“ kein einziges Wort. Auf der rechten Seite bemüht man sich sehr, mit einer „Szenebeschreibung“ Seiten zu schinden. Links gibt es nichts von dieser liebevollen Auspinselung des Milieus. Bei den Rechten verbreitet man sich über „Organisationsformen“, auf der linken Seite gibt es nichts dergleichen. Rechts führt man die Schreckensbilanz einer Schadenssumme von umgerechnet 60.000 DM (ca. 30.500 Euro) auf, die die Rechten durch Schmieraktionen im Jahre 2000 verursacht hätten. Links fehlt eine Schadensbilanz vollständig. Allerdings wird eingeräumt, daß die Schmieraktionen der Rechten von 1999 auf 2000 um 37,2 Prozent zurückgegangen seien. Links fehlt eben auch eine solche Bemerkung über Rückgang oder Zunahme vollständig. Auf der rechten Seite wird von „60 Schmier- und Klebeaktionen“ im Jahre 2000 berichtet, links von einer „Vielzahl“. Rechts werden überwiegend „Gesinnungsstraftaten“ aufgeführt, links gibt es so etwas überhaupt nicht, da es ja kein „Wiederbetätigungsgesetz“ etwa gegen Stalinismus oder Maoismus gibt. Links geht es dann nicht um Gesinnungsstraftaten, sondern um 88 Körperverletzungen an Beamten, 604 Uniformbeschädigungen, Beschädigungen an Ausrüstungen und Fahrzeugen der Polizei und um 265 Sachbeschädigungen. Offenbar haben die Rechten solche Taten nicht begangen, jedenfalls wird darüber nichts gesagt. Am Rande sei nur bemerkt, daß über „westliche Nachrichtendienste“ als

Gefährdung für die Sicherheit Österreichs kein Wort verloren wird. Österreich rühmt sich jedenfalls, daß die Sicherheitsfachleute sich einhundertfünfundzwanzigmal im Jahre 2000 mit (vor allem deutschen) Sicherheitsorganen getroffen hätten.

Vorläufiges Fazit: Die Staatsschutzberichte und der Verfassungsschutzbericht sind unausgewogen. Es wird – aus politischen Opportunitätsgründen (?) – das deutliche Bemühen sichtbar, die rechte Gefahr größer darzustellen, als sie wirklich ist, und in Berichten über die Linksextremen eher summarisch vorzugehen. Daß die KPÖ, vielleicht die reichste Kleinpartei der Welt, da sie etliche Dutzende Millionen von der SED geerbt hat, überhaupt nicht erwähnt wird, das ist schon eigenartig.

Wie sehr in den höchsten Sicherheitskreisen Österreichs manipulativ vorgegangen wird, ja wie sehr man sich dem Druck einer linksliberalen bis linken Presse ausgesetzt sieht, zeigt exemplarisch das Buch des ehemaligen Generaldirektors für die öffentliche Sicherheit, Michael Sika (Michael Sika, Mein Protokoll. Innenansichten einer Republik, Niederösterreichisches Pressehaus, 2001, Heyne-Sachbuch Nr. 19/793). Michael Sika war insgesamt neun Jahre lang der höchste Polizeibeamte Österreichs bis zum 30. September 1999. Er war 31 Jahre bei der Polizei. Er hat auch die Explosionen der Kriminalität in Wien miterlebt, die vor der Wende 1989/90 mit einer Gesamtzahl von ca. 350.000 angezeigten Delikten noch relativ klein war, aber Anfang der neunziger Jahre auf über 500.000 pro Jahr anwuchs. Sikas Buch ist spannend, weil er sich über die Russemafia, die Drogenkriminalität, aber auch über Korruption und Politikintrigen des Landes verbreitet. Er stand fast ein Jahrzehnt als oberster Polizeibeamter an der Spitze des Innenministeriums. Seine Abrechnung mit eitlen Politikern (vor allem der damalige Innenminister Einem/SPÖ hat es ihm angetan) ist sicher subjektiv, aber sehr interessant.

In die Amtszeit des Michael Sika fiel auch die ins Feld des Extremismus einzuordnende Serie von Briefbombenattentaten in Österreich, die Anfang bis Mitte der neunziger Jahre das Land erschütterte. Die linksliberale Presse („Standard“, „Profil“, das Wiener Szene-Magazin „Der Falter“ u. a., auch Teile des ORF als elektronisches Medium) wollte um jeden Preis einen Neonazi als Attentäter sehen. Man hätte auch gern Verbindungen zur FPÖ konstruiert. Am Ende kam heraus, daß Franz Fuchs aus Gralla/Steiermark, der – jedenfalls so das Gerichtsurteil

– Alleintäter gewesen ist. Er stammte aus einer sozialistischen Familie, war gewiß ein Psychopath, aber Neonazi oder gar ein Aktivist der FPÖ war er nicht. Gleichwohl mußte durch öffentlichen Druck die Polizei während vieler Jahre in diese Richtung ermitteln. So schreibt Sika in seinem Buch (Seite 87): „Bei Durchsicht meiner Aufzeichnungen und dem Studium der Zeitungsberichte ist mir bewusst geworden, dass es eine Fehleinschätzung war. Dieses ausschließliche Suchen im rechten Eck ab Mitte Dezember 1993 war nur dem Druck der Medien bzw. der Öffentlichkeit zuzuschreiben, wie ich das in einigen Interviews zum Ausdruck brachte. Aber natürlich war dieser Druck vorhanden. Es gab allerdings auch eine nicht geringe Zahl von Beamten – und das bis Ende 1997! –, die der festen Überzeugung waren, hinter den Briefbombenattentaten stecke eine rechtsradikale Gruppierung ... was bedeutete, dass es nicht nur einen Druck von außen, sondern auch von innen gab, der immer wieder ein mediales Echo fand.“

Und auf Seite 91 zitiert Sika eines seiner Interviews, in dem er sagte: „Wir würden es nicht aushalten zu sagen, dass wir gar nicht glauben, dass es Neonazis waren.“ Und auf Seite 102 schließlich wird er ganz deutlich: „Heute wissen wir, dass die Suche im rechtsradikalen Eck und die Fixierung darauf ein Fehler war. Dass ein Einzeltäter hinter den Attentaten stand, der zwar aus fremdenfeindlichen, rassistischen Motiven handelte, deswegen aber keinesfalls als Neonazi zu bezeichnen war.“ Sika sah die sachliche Arbeit seines Hauses leiden. Das eben ist ein deutliches Zeichen dafür, daß die linke „kulturelle Hegemonie“ (Gramsci) – jedenfalls, was die veröffentlichte Meinung anlangt – auch in Österreich schon breiten Raum gewonnen hat. Sika sagt es in seinem Buch noch einmal an einer anderen Stelle (Seite 233) mit letzter Klarheit: „Vor allem die linksorientierten Zeitungen wollten sich mit der Vorstellung, Fuchs könnte ‚Bombenhirn‘ und ‚Bajuwarische Befreiungsarmee‘ zugleich sein, nicht anfreunden. Verständlich, denn damit wären die durch vier Jahre entworfenen Gedankengebäude vom neonazistischen Netzwerk in sich zusammengebrochen.“ Und auf Seite 25 beklagt er, daß diese Entwicklung in Deutschland schon weit vorangeschritten sei.

Mittlerweile ist übrigens auch Sikas These, Fuchs sei Einzeltäter gewesen, durch eine neuerliche Untersuchung in Frage gestellt. Hans Christian Scheid hegt in seinem Buch „Franz Fuchs – doch kein Einzeltäter?“ (Styria-Verlag, Graz

2001) erhebliche Zweifel an der Einzeltätertheorie, da er sonst fast wie ein Universalgenie in der Lage gewesen sein müßte, im Alleingang eine komplexe Attentatsserie „durchzuziehen“, die ominösen Bekennerschreiben der „Bajuwarischen Befreiungsarmee“ zu verfassen, die Detailkenntnisse der österreichischen Geschichte des 8. und 9. Jahrhunderts nach Christus beinhalten, und eben auch ein hervorragender Chemiker gewesen sein müßte. Das diesem eher einfachen Mann aus der Südsteiermark zuzutrauen, ist in der Tat eigenartig. Franz Fuchs erhängte sich am 22. Februar 2000 in der Justizvollzugsanstalt Graz-Karlau am Kabel seines Rasierapparates. Er hatte – ohne Hände, die er sich ja weggesprengt hatte, ohne Prothesen, die er sich weigerte zu tragen – es dennoch vermocht, sich aufzuhängen. Manche mochten froh darüber sein. Und hätte wirklich ein rechter Übeltäter beim Mordanschlag in Oberwart auf dort lebende Zigeuner die gestelzt-korrekten Worte „Roma heim nach Indien!“ verwendet oder nicht doch eher „Zigeuner raus!“? Jedenfalls: in diese Zeit fällt auch ein Attentat, das eindeutig der linksextremen Szene zuzurechnen ist. Am 11. 4. 1995 wurde bei Ebergassing in Niederösterreich der Versuch unternommen, einen Hochspannungsmast in die Luft zu jagen. Die Täter waren Gregor Thaler und Peter Konicek, die bei diesem Versuch selbst ums Leben kamen. Wäre der Versuch gelungen, hätte das einen totalen Stromausfall in Teilen Wiens, eventuell begleitet von Chaos, Sachschäden oder vielleicht sogar Toten bedeutet. An diesem Strommastattentat war übrigens ein dritter Mann beteiligt, dem es offensichtlich gelungen ist, ins Ausland zu entfliehen. Man könnte darüber spekulieren, was es bedeutet hätte, wenn man ein gelungenes Attentat auf einen Hochspannungsmast der FPÖ oder ihr nahestehenden Kreisen in die Schuhe geschoben hätte.

Das alles ist weniger wichtig als die kulturell ausschlaggebende Tatsache, daß der oberste Staatsschützer des Landes sich nicht in der Lage sah, ordentlich zu ermitteln, weil der Druck der linken und linksliberalen Presse in eine bestimmte Richtung zu stark war.

Blickt man ein wenig in die siebziger Jahre zurück, in denen auch in Österreich ein „Lüfterl“ der Veränderungen wehte, so muß man sagen, daß das an sich friedliche und „gemütliche“ Wien auch Schauplatz erheblicher krimineller Energie von links war. In die Anschläge der deutschen „Roten-Armee-Fraktion (RAF)“ wurde in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre auch Österreich involviert, als nach einem Banküberfall im Dezember 1976 das RAF-Mitglied Peter-Jürgen Boock in Wien verhaftet wurde und anschließend mehrere Attentate verübt wurden, um dessen Freilassung zu erzwingen. Im Zusammenhang mit der RAF stand auch die Entführung des Industriellen Palmers (Wäscheimperium) im November

1977, der gegen ein Lösegeld von fast 4,5 Millionen DM (ca. 2,290.000 Euro) freigelassen wurde. Für die in der Bundesrepublik Deutschland wegen Unterstützung einer terroristischen Organisation verhaftete und dann verurteilte Österreicherin Ingrid Strobl entfachte sich innerhalb der österreichischen Linken eine breite Solidaritätswelle. Seit dem 20. Dezember 1987 war Ingrid Strobl in der Bundesrepublik Deutschland in Haft. Im „Falter“, dem Wiener linksgestrickten Szene-Blatt, wurde zur finanziellen „Hilfe für Dr. Ingrid Strobl“ aufgerufen. Im

„Falter“ 5/88 wird Strobl als „Feministin der ersten Stunde und Mitbegründerin der Aktion Unabhängiger Frauen in Wien“ herausgestrichen. Die deutsche Bundesanwaltschaft warf ihr vor, einen Wecker für einen Sprengsatz besorgt zu haben, der am 28. Oktober 1986 in der Hauptverwaltung der Lufthansa in Köln einen Sachschaden von rund 100.000 Mark (ca. 51.000 Euro) verursacht hatte. Strobl, die für das Sommersemester 1988 einen Lehrauftrag an der Innsbrucker Universität, am Institut für Erziehungswissenschaften, bekommen hatte, meldete sich im „Falter“ 13/1988 mittels eines Leserbriefes selbst zu Wort. Sie bat, „weiter ein kritisches Auge auf die Repressionspolitik in der Bundesrepublik zu haben“.

Die seinerzeitige KPÖ-Vorsitzende Susanne Sohn schrieb in der „Volksstimme“ am 14. 2. 1989: „Ingrid Strobl ist ungebrochen, das berichtet Waltraud Horvath, Abgeordnete zum Nationalrat der SPÖ, die sie im Gefängnis besuchte, bei einer Pressekonferenz des österreichischen Solidaritätskomitees. Die Österreichische Botschaft in Bonn wird einen offiziellen Beobachter zum Prozeß entsenden.“ Mitte 1989 wurde Ingrid Strobl in der Bundesrepublik Deutschland zu fünf Jahren Haft verurteilt. Die mit – gelinde gesagt – recht freizügigen Roman- und Theaterstücken aufgefallene Schriftstellerin Elfriede Jelinek war als Prozeßbeobachterin dabei.

Im November 1988 erschien in der „MOZ“ („Alternative Monatszeitung“) ein Artikel von Reinhard Pitsch, in dem es hieß, „daß nicht der Tod des Hanns Martin Schleyer, sondern der Zeitpunkt skandalös war: zu spät“. Die „MOZ“ distanzierte sich allerdings von diesem Kommentar. Dr. Reinhard Pitsch wurde dann

1991/1992 Lektor am Institut für Philosophie an der Universität Wien, und 1993/94 war er an der Volkshochschule Wien-Hietzing mit Vorträgen über „Das Kapital“ und das „Kommunistische Manifest“ angekündigt. Der damalige Wissenschaftsminister und Vizekanzler Erhard Busek (ÖVP) antwortete auf eine einschlägige parlamentarische Anfrage 1993: „Ein Artikel im MOZ, Ausgabe Nov.

1988, kann nicht als Ausschließungsgrund für Tätigkeiten im Jahre 1991 schlüssig herangezogen werden. Abgesehen von der vergleichsweise dünnen, Verbreitungsdichte dieser Monatszeitschrift würde damit jede Ansichtenveränderung

bzw. -entwicklung einer Person abgesprochen werden; das ist schlichtweg unzulässig.“ Im Prinzip hat Busek recht, aber das muß für „Geläuterte“ auf allen Seiten des politischen Spektrums gelten.

Viel später als in Deutschland gab es auch in Wien (eine sehr kurze Zeit auch in Graz) eine Hausbesetzerszene. Es handelte sich um die besetzten Häuser Aegidigasse 13 und in der Spalowskygasse 2 in Wien. Am 11. und 12. August 1988 ließ die Gemeinde Wien die Häuser räumen und abreißen. Im „Falter“ 38/88 beklagte Oliver Lehmann das Vorgehen der Polizei, die insgesamt für kurze Zeit 67 Personen festgenommen hatte. Lehmann sollte später in dem in den neunziger Jahren gegründeten Magazin „News“ die Berichterstattung über die FPÖ und Jörg Haider übernehmen. Eine beinahe jahrzehntelange Hausbesetzerszene wie in der Hamburger Hafensstraße hat sich in Österreich nicht etablieren können. Allerdings wurde in den neunziger Jahren auch ein der KPÖ gehörendes Haus in Wien am

23. Juni 1990 von autonomen Linken besetzt, das bis heute von der KPÖ – unter leisem Druck – für einen symbolischen Mietzins der Linken zur Verfügung gestellt wird. Dieses Ernst-Kirchweg-Haus (KPÖ-Mitglied Kirchwegler ist 1965 auf einer Demonstration durch den Fauststoß eines Burschenschafters ums Leben gekommen) ist neben dem violett angemalten „Hosi“-Haus („Homosexuellen-Initiative“) in Wien eines der Zentren der – insgesamt kleinen – linksextremistischen, autonomen, anarchistischen Szene. Die damaligen Geschäftsführer der Grünen, Johannes Voggenhuber und Pius Strobl, versicherten der „Aegidigasse“ mehrfach ihre Solidarität. Für die Überlassung des KPÖ-eigenen Hauses an diese Szene setzten sich die Schriftsteller Elfriede Jelinek und Peter Turrini ein.

Eine der prominentesten Figuren der Linken ist der langjährige Nationalratsabgeordnete der Grünen, Peter Pilz. Er ist ein hochintelligenter, rhetorisch beschlagener, gründlich recherchierender Politiker geworden. Im ganzen ist auch die grüne Bewegung in Österreich den Weg der deutschen Grünen gegangen, ja die Mottos der grünen Partei in Deutschland haben die Österreicher übernommen. Auch in Austria war das Projekt der Grünen zunächst ein Konglomerat aus anarchischen, sozialistischen, kommunistischen, wertkonservativen und heimat-schützerischen Strömungen. Die Konservativen sind – wie in Deutschland durch Ausschaltung von Herbert Gruhl – auch in Österreich heraus- oder an den Rand gedrängt worden. Heute befinden sich die österreichischen Grünen – später als die deutschen – auf einem linksliberal-sozialen bis sozialistischen Kurs hin in eine erstrebte Koalition mit der SPÖ. Die weiland „Gruppe Revolutionärer Marxisten“ in Österreich sah eben auch Peter Pilz als Mitglied, allerdings ebenfalls Josef Cap, den gegenwärtigen Fraktionsvorsitzenden der SPÖ im Wiener Nationalrat. Pilz war auch seinerzeit (1992) Gemeinderat der Gemeinde Wien. Er war einer der Organisatoren und Mitdemonstranten der Opernball-Demonstration 1988, die bald zur Tradition in Österreich wurde. Pilz hatte am 3. September 1991 in der „Arbeiterzeitung“ zusammen mit anderen Prominenten zur Mißachtung der Militärgesetze Österreichs aufgefordert, um gegen Verfahren gegen Wehrdienst- und Totalverweigerer zu protestieren. Er erklärte selbst, daß er sich darüber klar sei, daß dies eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze (im Sinne des § 281 des österreichischen Strafgesetzbuches) sei. Pilz ist später für diesen zivilen Ungehorsam bestraft worden.

Beim Bundeskongreß der Grün-Alternativen Liste (GAL) in Bad Gleichen-

berg/Steiermark am 10./11. Oktober 1992 wurde das Ex-GRM-Mitglied Pilz Bundessprecher (Parteivorsitzender). Da war er 38 Jahre alt. Mit 19 war er schon nach Kuba gegangen und beteiligte sich dort an einer „Aufbaubrigade“. Er verehrte Fidel Castro und Che Guevara. Mit 20 Jahren trat er dem Verband Sozialistischer Studenten Österreichs (VSSStÖ), der Jugendorganisation der SPÖ, die sich damals noch als „Sozialisten“ bezeichnete, als Mitglied bei. Wenige Jahre später wurde er wegen „trozkistischer Abweichung“ ausgeschlossen und suchte eben eine neue politische Heimat bei der „Gruppe Revolutionärer Marxisten“ (GRM). Die „Presse“ vom 30. 8. 1989 charakterisierte ihn – unfreundlich – so:

„Hinter der Maske des liebenswerten und privat so charmanten ‚Softies‘ lauert ein eiskalter Robespierre.“ Ein gemeinsamer sozialistischer Jugendfreund, Manfred Matzka, 1992 schon Flüchtlingsbeauftragter im Innenministerium, bezeichnete Pilz als „Stalinisten“. Er sei der Erfinder des „Rufe-Berija-Spiels“ – Berija war bekanntlich Leiter des KGB unter Stalin. Der sozialdemokratische Wiener Bürgermeister Michael Häupl, seinerzeit Wiener Umweltstadtrat und Kenner Pilz' seit Studententagen, sagte über ihn: „Er hat so gut wie keine Hemmungen. Für einen guten Gag verrät er einen guten Freund.“ (In der Monatszeitschrift „trend“, Februar 1992.) Die analytische Intelligenz, rhetorische Versiertheit, Kampagnenfähigkeit und investigative Arbeit des Peter Pilz darf man bewundern. Zweifellos haben sich die Grünen Österreichs auch ein wenig zur Mitte hin entwickelt. Der gegenwärtige Parteivorsitzende, der Wirtschaftsprofessor van der Bellen, wirkt biederer, versöhnlicher, eine auch scharfe und kluge Kritik an den österreichischen Zuständen kommt insgesamt moderater daher. Pilz wirkt heute bei den Grünen ein wenig randständig. Das alte linksextreme publizistische Umfeld der Medienorgane „TATblatt“, „Akin“ (Aktuelle Informationen“) und

„MOZ“ braucht er heute nicht mehr. Gleichwohl sind diese Printmedien für die linksextreme Szene in Österreich nach wie vor bedeutsam. Dem „TATblatt“ hat der Sozialdemokrat und frühere Innenminister von Einem auch schon einmal eine Spende zur Anschaffung einer Druckmaschine überwiesen. Das „TATblatt“ bringt regelmäßig Demonstrationsaufrufe, Berichte über Aktionen der extremen und gemäßigten Linken, Solidaritätsadressen und manchmal auch Darstellungen von Straftaten. Ähnlich ist „Akin“ gestrickt. Es ist ein grün-alternatives Blatt und war bis in die sechziger Jahre die offizielle Jugendorganisations-Zeitschrift der KPÖ. Es finden sich darin auch eher pubertäre Witzchen, wie der Aufruf zur Radfahrer-Demonstration („Radfahren am Freitag“ – RAF!).

Über den geplanten Zusammenschluß mit dem grün-alternativen „Akin“ schreibt das „TATblatt“ 7/93 am 14. 4. 1993: „Wir hingegen werden sicherlich auch weiterhin alle uns bekannten Anschläge, Aktionen etc. samt einlangenden Bekenner/innen-Briefen dokumentieren sowie in gelegentlichen Bastelecken praktische Tipps zur sinnvollen Freizeitgestaltung bieten (von Farbeierbefüllrat- schlägen über Demomützenstrickanleitungen bis zu Molotowschen Cocktailre- zepten).“ Naturgemäß erreicht all dies nur einen sehr kleinen Leserkreis, stellt insgesamt keine Gefahr für die Integrität und staatliche innere Ordnung Österreichs dar. Viel wichtiger ist die Tatsache, daß sich zwischen Teilen der veröffentlichten Meinung in Österreich und der Meinung der Österreicher ein weiter Graben auftut, vernachlässigt man – was man allerdings nicht vernachlässigen kann – die Tatsache, daß 43 Prozent aller Österreicher über 15 Jahre täglich die

konservative „Kronen-Zeitung“ lesen. Dort findet sich das, was die Linke als „präfaschistische Stammtischparolen“ geißelt, während im „Profil“ (eine deutsche „Spiegel“-Imitation), im „Standard“, im „Format“ (in allen steckt deutsches Geld), in Teilen der ORF-Berichterstattung dem linksliberalen Zeitgeist kräftig Zucker gegeben wird. Insoweit könnte man sagen, daß das Spektrum der in der veröffentlichten Meinung auftauchenden Meinungen in Österreich breiter ist als in Deutschland. Im Sinne Max Frischs kann man in Österreich sowohl Bieder- männisches als auch Brandstifterisches lesen, während sich die deutschen Me- dien zunehmend um einen Platz in der behäbigen Mitte bemühen und pointierte „Ausreißer“ nach rechts oder links ignorieren und totschweigen. Das gelingt so in Österreich (noch?) nicht.

Den linksliberalen bis linken Zeitgeist vertritt in Österreich vor allem das Nachrichtenmagazin „Profil“ neben der Tageszeitung „Der Standard“. Etliche „Profil“-Leute sind aus der seinerzeit linksextremistischen Szene Österreichs hervorgegangen. Mit nachholendem Eifer wird in Österreich noch immer der „political correctness“ gehuldigt, die in Deutschland in gewisser Hinsicht schon auf dem absteigenden Ast ist. Der „Profil“-Autor Georg Hoffmann-Ostenhof schrieb im „Internen Bulletin“ der „GRM“ am 7. Juni 1973: „Man darf die Arbeiter nicht so wie ein Psychotherapeut behandeln. Das Bewußtsein der Arbeiter ist ein kollektives, es materialisiert sich in Kampfformen ...“ Das Bewußtsein Hoffmann-Ostenhofs ist heute sicherlich ein linksliberales, kein linksextremistisches mehr. Schon in den siebziger Jahren hatte er ein eher zynisches Verhältnis zu seiner Kaderorganisation, meinte er doch, man müsse die Mitglieder und Sym- pathisanten im Glauben an den Ausbruch gewaltiger Klassenkämpfe in Öster- reich bestärken, da sie sonst den exorbitant hohen Arbeitsaufwand nicht mehr beibehalten würden (zitiert in Svoboda, Sandkastenspiele, a. a. O., Seite 209). Heute nennt sich Hoffmann-Ostenhof einen „linksliberalen Nato- Sympathisan- ten“, er arbeitet als Leiter des Ressorts „Außenpolitik“ im „Profil“. Universalist ist er geblieben. Sein Weg ging vom universalistischen Klassenkampf zum Kampf für die universalistische Durchsetzung linksliberaler Werte, wobei man seinen – in der Regel lesenswerten – Artikeln die Erkenntnis abspürt, daß Geld doch das Universalste von allem ist. Die „Profil“-Korrespondenten Georg Scheuer, der einst im trotzkistischen „Vorwärts“ publizierte, und der links-grüne Robert Misik, der einst in der kommunistischen „Arbeiterzeitung“ veröffent- lichte, sind weitere Beispiele für ehemals links-linke Prominente in der Medien- welt.

Dies alles ist wesentlicher für die öffentliche Meinungsbildung als das Konglomerat linker Klein- und Kleinstgruppen, die heute noch in Österreich existieren: „Austrian Network against Racism“, „Antifaschistische Linke“ (AL), „Grün-alternative Jugend Wien“, „Homosexuellen-Initiative Wien“, „Kommunistische Jugend Österreichs/Junge Linke“, „KPÖ-Lehrerinnen für den Frieden“, „Kommunistischer Studentenverband“, „Linke Liste Alsergrund“, „Rosa-An- tifa“, „Sozialistische Alternative“, „VSStÖ“ und etwa das „Friedensbüro Wien“. Das Ergebnis der K-Gruppen-Zeit heute faßt der Wiener Philosoph Konrad Paul Liessmann so zusammen: „In den Redaktionsstuben der Zeitungen und Journale, im ORF, in Schulen, auf Universitäten und in Ministerien, im Bundeskanzleramt, in Verlagen und in der Werbebranche, in Parlamenten und Gemeinderäten, im

Kulturbetrieb ohnehin, aber auch in Randbereichen der Wirtschaft, Justiz und des Bankwesens – überall findet man ehemalige Genossen und Genossinnen aus den linken Studentenorganisationen und Institutsgruppen, aus VSSÖ, GRM, MLS (Marxistisch-leninistische Studenten), seltener aus dem orthodoxem KSV. Sei- nerzeit bis aufs Blut verfeindet ..., schalten und walten die Veteranen der Bewe- gung heute in den Schlüsselbereichen des Staates und der Gesellschaft. Die harte Schulung im pseudorevolutionären Kleinkrieg hatte sich als außerordentlicher Wettbewerbsvorteil für die verhaßte Konkurrenzgesellschaft entpuppt ...; waren sie vor 25 Jahren theoretisch Weltrevolutionäre und daran gemessen praktisch be- deutungslos, sind sie nun theoretisch Nostalgiker und an ihren einstigen Ideen ge- messen praktisch korrumpiert.“ (Konrad Paul Liessmann, *Der lange Marsch. Die Achtundsechziger* und was aus ihnen wurde: Eine Bewegungsstudie, in: „Der Standard“, 23. 4. 1993.)

Auch in Österreich ist also das alte Gramsci-Wort von der Notwendigkeit der Eroberung der „kulturellen Hegemonie“ bekannt und wird praktiziert. Antonio Gramsci, der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei Italiens und ihr Chefideologe, in den Jahren 1926 bis 1937 in Haft, wollte diesen Kampf mit der Erziehung der Jugend beginnen und forderte daher die Einheitsschule bis zur 10. Schulstufe. Kulturpolitik ist für Gramsci die Wunderwaffe der roten Revolution: „Man muß viel mehr vom Kampf um eine neue Kultur sprechen, das heißt um eine neue Lebensmoral.“ (Antonio Gramsci, *Gefängnisschrift*, Heft 23, zitiert nach: Walter Marinovic, *Diktatur des Häßlichen. Kulturpolitik heute*, Stocker Verlag, Graz, 2. Aufl. 1996, Seite 14.) Der Kulturjournalist Hans Haider schrieb dazu in der „Presse“ vom 29. 11. 1994: „Die ‚Kulturpartie‘ mit Pasterk (Kultur- stadträtin in Wien) und Scholten (Kulturminister) an der Spitze kontrolliert heuer Bund plus Land Wien, rund fünf Budget-Milliarden an Gagen und Subventionen

... Antonio Gramsci erklärte die Chancenlosigkeit der Massen damit, daß sie zwar auf der Straße ihren Kampf gewinnen, doch die bürgerliche Kulturhegemo- nie nicht überwinden können. Die Nach-Kreisky-SPÖ will diese Hegemonie erzwingen, indem sie die Institutionen beherrscht: Kunsthallen, Buchverlage, Konzerthäuser, Orchester, Opernhäuser, Bildungs- und Unterhaltungstheater, Museen, Filmwirtschaft und Filmfestivals, Kunstakademien, die Kunstwissen- schaft ... So gesehen, ist das eng verzahnte, teuerste Kulturaggregat westlich von Peking und Pjöngjang die subtilste Entevangelisierungs-Kampagne in Österreich seit dem 12. März 1938.“ Die ehemalige Wiener Kulturstadträtin Pasterk hat tatsächlich ihr Amt immer als ein „Ideologie-Ressort“ bezeichnet. Daß die Lite- ratur, wie Horaz noch sagte „erfreuen und nützen“ soll, das ist geschrumpft auf den Nutzen für die Linke. Günther Nennung, einst selbst linksradikaler Sozialist, ist heute der Meinung, man müßte das Wort „modern“ auf der ersten Silbe beto- nen. Sedlmayrs „Verlust der Mitte“ ist heute auch in Österreich zu konstatieren. Das tat vor eineinhalb Jahrhunderten schon der Alt-Österreicher Adalbert Stifter:

„Untergehenden Völkern verschwindet zuerst das Maß. Sie gehen nach einzel- nem aus, sie werfen sich mit kurzem Blicke auf das Beschränkte und Unbedeu- tende, sie setzen das Bedingte über das Allgemeine; dann suchen sie den Genuß und das Sinnliche, sie suchen Befriedigung ihres Hasses und Neides gegen den Nachbarn, in ihrer Kunst wird das Einseitige geschildert, das nur von einem Standpunkt Gültige, dann das Zerfahrene, Unstimmende, Abenteuerliche, end-

lich das Sinnreizende, Aufregende und zuletzt die Unsitte und das Laster; in der Religion sinkt das Innere zur bloßen Gestalt und zur üppigen Schwärmerei herab, der Unterschied zwischen Gut und Böse verliert sich, der einzelne verachtet das Ganze und geht seiner Lust und seinem Verderben nach, und so wird das Volk eine Beute seiner inneren Zerrissenheit und oder die eines äußeren, wilderen, aber kräftigeren Feindes.“ (Zitiert nach Marinovic, Diktatur des Häßlichen, a. a. O., Seite 10.)

Die seit mittlerweile zwei Jahren im Amt befindliche ÖVP-FPÖ-Koalition (worin die FPÖ mit hauchdünnem Stimmenvorsprung der größere Partner ist) hat an diesen prägenden Elementen des „Kulturlebens“ nichts Wirkliches geändert. Statt Unterstützung von linker „Kulturarbeit“ stürzt man sich – auch in Kärnten

– nunmehr auf eine rasenden Abfolge von Event zu Event.

Der Demonstrationsszenarie der Linken hat die neue Regierung allerdings großen Auftrieb gegeben. Hunderttausende haben sich – gleich nach der Angelobung der neuen Regierung – auf dem „Heldenplatz“ versammelt, um gegen die neue Regierung zu protestieren und um ihr jegliche Legitimität und Legalität abzuspochen. (Am 19. Februar 2000 versammelten sich etwa 300.000 Menschen auf dem Heldenplatz.) Pikant ist, daß auf dem Heldenplatz immer noch das Denkmal Erzherzog Carls steht, mit der Inschrift „Dem beharrlichen Kämpfer für Deutschlands Ehre“. Seit der Vereidigung der Regierung marschieren jeden Donnerstag einige hundert Demonstranten durch Wien, worüber es nunmehr eine schöne Dokumentation des Wieserverlages Klagenfurt (der auch lesenswerte slowenische Literatur druckt) gibt. Diese von Frederick Baker und Elisabeth Boyer herausgegebene über fünfhundertseitige Arbeit gibt einen guten Einblick in die linke Demo-Szene in Österreich. Auch der Generalinspektor der Wiener Polizei, Franz Schnabl (SPÖ), hat in dieser Dokumentation (Seiten 475 ff.) ein wohlwollendes Gespräch, mit großem Verständnis für die Demonstranten, mit der Herausgeberin Elisabeth Boyer abdrucken lassen. Im Jahre 2000 gab es insgesamt 230 Donnerstags-Demonstrationen, wobei 88 Polizisten verletzt wurden und sieben Demonstranten. Bei der Opernball-Demonstration am 22. Februar 2001 wurden 21 Polizisten verletzt, 42 Personen wurden festgenommen. Als Slogans sah man unter anderem: „Es lebe die Diktatur des Proletariats!“, „Schubhaft für Freiheitliche!“ und „FPÖ? Nazis raus!“ Schlimm ist, daß solche, meist jugendliche Demonstranten nicht mehr wissen, daß sie sich im Grunde genommen in der Schiene eines totalitären Politikverständnisses befinden. Bei „FPÖ raus!“ erinnern sich Ältere voll Schaudern an das „Juden raus!“

Mitte April 2002 demonstrierten in Wien ca. 350 glatzköpfige Jugendliche mit Slogans wie „Großvater, wir danken dir!“, im Anschluß daran auch in der Wiener Kärntner Straße mit neonazistischem Gebrüll „Sieg Heil!“ etc. Selbstverständlich ist das nach dem Wiederbetätigungsgesetz in Österreich verboten. Die Polizei hätte auch einschreiten müssen. Sie war allerdings noch beschäftigt mit den 3500 linken Gegendemonstranten, aus deren Reihen Polizisten mit Ziegelsteinen, Holzplanken und Farbbeuteln beworfen wurden. Die Polizei mußte Wasserwerfer einsetzen. Die gewaltlose rechtsextremistische Demonstration richtete sich gegen die Wehrmachtsausstellung (2. Auflage). Die politische Gegenseite hatte es sich zum Ziel gesetzt, „den Naziaufmarsch zu verhindern“. Inzwischen waren rund 800 Polizisten im Einsatz. Unter den linken Gegendemonstranten befand



sich auch der grüne Nationalratsabgeordnete Öllinger. Öllinger war früher für die „Gewerkschaftliche Einheit“ (GE) aktiv, eine linkssozialistische Organisation. Merkwürdig ist, daß in der Presseberichterstattung über diese Demonstrationen und Gegendemonstrationen für den oberflächlichen Überschriften-Leser nicht erkennbar ist, von wem die Gewalt ausging. Die an sich rgerliche Tageszeitung „Kurier“ schreibt am 14. April 2002: „Heldenplatz: Wasserwerfer und Orangen. Bei Demonstrationen gegen die Wehrmachtsausstellung flogen auch Holzlatten und Steine.“ Die konservative „Kronen-Zeitung“ schreibt: „Wirbel um Wehrmachtsausstellung“.

Die katholische „Kleine Zeitung“ (heute eher linkskatholisch) titelt „Schwere Krawalle bei, Wehrmachts‘-Demo“. Für den eiligen Betrachter wird gar nicht deutlich, von wem die Gewalt ausgegangen ist. Die links-liberale Presse fokussiert sich darauf, zu bedauern – was auch richtig ist –, daß ca. 80 bis 100 rechten „Neonazis“ der Brüllmarsch durch die Wiener Innenstadt gelungen ist. Die vorhergehende, allein von der Linken ausgehende Gewalt wird weniger thematisiert. Im übrigen ist dauernd von „gewaltbereiten Demonstranten“ die Rede, wo es „gewalttätige Randalierer“ heißen müßte.

Zieht man ein generelles Fazit, so darf man sagen, daß der Linksextremismus in Österreich sehr viel weniger ausgeprägt ist als in der Bundesrepublik Deutschland. Von ihm geht auch keine Gefahr für den Bestand und die innere Ordnung Österreichs aus. Derivate dieses Denkens und Agierens, von homöopathischen Dosen bis zum kräftigen Schuß Rot, finden sich allerdings vor allem in der österreichischen veröffentlichten Meinung und im Kunst- und Kulturbetrieb. Insoweit hat Gramsci in Österreich vielleicht noch eine große Konjunktur vor sich. Für viele ist Grün eben doch die schönste rote Farbe.

Anmerkung der Redaktion:

Der hiermit online gestellte Text zum Linksextremismus in Österreich stellt einen Beitrag zu dem von Hans-Helmuth Knütter / Stefan Winckler herausgegebenem Handbuch zum Linksextremismus dar.

Die Redaktion von www.links-enttarnt.net dankt dem Leopold Stocker Verlag, Graz, für die Freigabe des Beitrages von Peter Meier-Bergfeld zur Online-Stellung bei: www.links-enttarnt.net

Das Handbuch im Umfang von 335 Seiten ist noch für nur 9,90 € beim Verlag erhältlich

► [Zur Bestellung](#)

Eine Besprechung dieses leider immer noch aktuellen Handbuchs finden Sie hier:

► [Zur Besprechung](#)

